

Bernd Belina

## Law and Order im 'Land of the Free'

### Anmerkungen zu einigen neueren Arbeiten zur Kriminalpolitik in den USA\*

Bei Fragen der 'Inneren Sicherheit' erfreut sich der Blick über den Atlantik hierzulande in Politik und Medien großer Beliebtheit. Das gilt spätestens seit dem Spiegel-Titel „Aufräumen wie in New York“ (Spiegel, 07.07.97) und insbesondere für das vermeintliche Erfolgsmodell vom Big Apple: *Zero Tolerance*, das sich mittlerweile zu einem echten globalen Exportschlager gemausert hat (Wacquant 2000, Smith 2001). Insgesamt überwogen in der hiesigen Debatte die Erfolgsmeldungen über die Arbeit von Polizeichef Bratton („der amerikanische Super-Polizist, der die Gewalt-Hochburg New York wieder sicher gemacht hat“; Röbel 1997) und Bürgermeister Giuliani (Schipprack 1997). Doch es meldeten sich auch kritischere Stimmen zu Wort, die entweder die Übertragbarkeit der Strategie auf deutsche Großstädte anzweifelten (Schenk 1997), oder auf die mit dieser Strategie einhergehende wachsende Zahl von Polizeieingriffen hinwiesen (Pinzler 1999, Preute 1997). Jenseits des Beispiels New York allerdings wird die allgemeine Entwicklung im Bereich der 'Inneren Sicherheit' in den USA weit weniger thematisiert.

Das hat sich in Folge der Terroranschläge des 11. September 2001 zumindest im Bereich der 'Terroristenbekämpfung' zeitweise geändert: Auch hierzulande wird wahrgenommen, dass in den USA ernsthaft über den Nutzen der Folter zur Erlangung von Informationen diskutiert wird (Kreye 2001a) und Justizminister Ashcroft verlaublich lässt: „Ausländische Terroristen, die Kriegsverbrechen gegen die Vereinigten Staaten begehen, haben meiner Meinung nach kein Anrecht auf den Schutz der amerikanischen Verfassung und verdienen diesen auch nicht“ (zit. nach Koydl 2001). Die Gesetzesänderungen in der Folge des 11. September, die das amerikanische Recht tiefgreifend verändert haben (Kreye 2001b), werden im Folgenden nicht thematisiert – nicht nur, weil die hier vorgestellten Bücher weit früher entstanden sind, sondern auch, weil das Augenmerk vielmehr auf die 'ganz normale' Entwicklung der letzten rund 30 Jahre gerichtet werden soll, die in der hiesigen Öffentlichkeit recht wenig Aufmerksamkeit erlangt hat. Der augenscheinlichste Indikator für die angesprochene Entwicklung ist die schier explodierende Anzahl von Ge-

\* Chambliss, William J. (1999): Power, politics, and crime. Boulder: Westview Press. 180 Seiten; Currie, Elliott (1998): Crime and Punishment in America. Why the Solutions to America's Most Stubborn Social Crisis Have Not Worked – and What Will. New York: Henry Holt. 240 Seiten; Parenti, Christian (1999): Lockdown America. Police and Prison in the Age of Crisis. London und New York: Verso. 300 Seiten.

Seitenzahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf diese Titel, Übersetzung der Zitate: B.B.

fängnisinsassen in den USA, die den norwegischen Kriminologen Nils Christie dazu bewegen hat, ab der zweiten Auflage seines Buches *Crime Control as Industry - Towards Gullags Western Style?* auf das Fragezeichen hinter dem Untertitel zu verzichten (Christie 2000). Was den Anteil der Bevölkerung hinter Gittern angeht, nimmt die USA unter den westlichen Industrieländern eine Ausnahmestellung ein: Mitte 2001 war jeder 145. US-Amerikaner hinter Gittern (Washington Post 2002). Im Vergleich mit der BRD liegt dieser Anteil hier in etwa um den Faktor 10 niedriger. Ende 2000 befand sich rund jeder 1500. Bundesbürger im Freiheits- oder Jugendstrafvollzug (berechnet nach Cornel 2002).

Von diesem Phänomen der Masseneinsperrung ausgehend, liefern die drei genannten Bücher den Versuch eines Überblicks über neuere Entwicklungen im *criminal justice system* der USA insgesamt. Alle drei Autoren sind Kritiker dieser Entwicklungen, die zudem versuchen, ihre wissenschaftliche Kritik auch einem außerwissenschaftlichen Publikum zugänglich zu machen. Bei diesem Unterfangen setzen die Autoren, entsprechend ihrer Profession und ihrer politischen Stoßrichtung, unterschiedliche Schwerpunkte.

### Law and Order in Ideologie und Praxis

Der Soziologe und Kriminologe William J. Chambliss, ehemaliger Präsident der *American Society of Criminology*, Autor zahlreicher Bücher und einer der Protagonisten der in den frühen 70er Jahren entstandenen marxistisch orientierten *Radical Criminology* (Michalowski 1988: 43), konzentriert sich auf i.w.S. kriminologische Fragen. Im ersten Teil des Buches beschäftigt er sich unter der Überschrift *Propaganda* mit den Fragen, wie *law and order* zum dominierenden Thema US-amerikanischer Innenpolitik wurde, und wie das Thema nicht zuletzt dank der statistischen Erfassung von Kriminalität und der Publikation dieser Zahlen am Kochen gehalten wird. In Zusammenhang mit einem knappen Abriss der Karriere von *law and order* (auf die weiter unten, bei der Besprechung von Parenti näher eingegangen wird) betont Chambliss, dass die andauernden Verschärfungen der Gesetze und die explodierenden staatlichen Ausgaben für *law enforcement* gerade nicht, wie von konservativer Seite immer betont wird, eine Reaktion auf ‚Sorgen und Ängste der Bevölkerung‘ waren: „Seit 1964 wurde das ‚Kriminalitätsproblem‘ einer widerwilligen Öffentlichkeit aufgedrängt und reflektierte nicht deren Ansichten“ (29). Anhand der Ergebnisse der alljährlichen Gallup-Umfrage nach den ‚wichtigsten Problemen‘, mit denen die USA konfrontiert seien, zeigt Chambliss, dass die staatliche Propaganda erst lange nach dem Aufkommen der *law and order*-Politik ihre ideologische Wirkung entfaltete. Drogenmissbrauch und Kriminalität/Gewalt nahmen erstmals 1988 resp. 1994 Spitzenplätze in diesen Umfragen ein, während in den 1960er bis 80er Jahren Themen wie Vietnam, die hohen Lebenshaltungskosten und die Arbeitslosigkeit dominierten (20).

In den Ausführungen zur Entstehung der offiziellen Kriminalstatistiken, allen voran der vom FBI erstellten *Uniform Crime Report* (UCR), berichtet der

Autor von verschiedenen „schmutzigen Tricks“ (39), mit deren Hilfe kontinuerlich eine riesige Gefahr suggeriert wird, die schon bei genauerem Hinsehen so nicht besteht. Wie auch bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) des BKA basiert der UCR auf den von der Polizei gesammelten Daten über angezeigte Straftaten und Tatverdächtige (also nicht etwa auf gerichtlichen Entscheidungen, ob ein Verbrechen vorliegt und der Verdächtige auch der Täter war). Weil nun die Strafverfolgungsbehörden ein Interesse an hohen Fallzahlen haben, um damit den weiteren Ausbau ihrer Apparate einzufordern, ist der von ihnen selbst zusammengestellte UCR so konstruiert, dass er immer möglichst viele und möglichst schwere Delikte beinhaltet. Zwei Beispiele mögen das belegen: So zählt eine einzige Schlägerei, an der fünf Personen beteiligt waren, als zehn schwere Körperverletzungen, weil fünf Täter und - in Personation - fünf Opfer beteiligt waren.

Ein zweites Beispiel ist die gängige Praxis des *plea bargain*, die ebenfalls einige statistische Tücken birgt. Dabei macht die Anklagevertretung vor Gericht „im Gegenzug für ein Schuldeingeständnis des Täters [...] Zugeständnisse hinsichtlich der angeklagten Delikte“ (Hay 2000: 285). Z.B. wird ein Angeklagter, dem ursprünglich versuchter Totschlag vorgeworfen wird, für Körperverletzung verurteilt, oder aus Drogenhandel, Waffenbesitz und Widerstand gegen die Staatsgewalt wird ein einfacher Drogenbesitz. Das wissen natürlich auch Polizisten und Staatsanwälte, die beide ein Interesse daran haben, dass ‚ihr‘ Täter auch wirklich verurteilt wird, und neigen deshalb zu deutlich übertriebenen Anklagen, um eine Verurteilung sicherzustellen. „Die offiziellen Statistiken jedoch nehmen die schwerste angezeigte Straftat auf und nicht diejenige, zu der sich der Angeklagte schließlich bekennt und für die er verurteilt wird“ (41). Diese Statistiken, deren Ergebnisse in Medien, Politik und Wissenschaft als objektive Messzahlen der ‚Kriminalität‘ herangezogen werden, sind also reine Ideologieproduktion und Teil der „Angsterzeugungskampagne“ (55), die die Legitimation zum weiteren Ausbau der repressiven Staatsorgane liefern soll.

Der zweite Teil von *Power, politics, and crime* befasst sich unter dem Titel *Practice* mit den praktischen Konsequenzen von *law and order*. Chambliss zeigt, wie das Vorgehen der Polizei im afroamerikanischen Ghetto mit Scheinkäufen von Drogen, verdachtslosen Fahrzeugdurchsuchungen und einer insgesamt wesentlich höheren Kontrolldichte „Ghettokriminalität“ zu einer „self fulfilling prophecy“ (63) macht. Weiter zeigt er, dass der *war on drugs* zur Folge hat, dass „Amerikas Ghettos und Barrios sich unter einem Belagerungszustand und im Krieg mit der Polizei befinden“ (88) und den größten Teil des Nachschubs für die Gefängnispopulation liefern. Dass nicht nur die Hautfarbe, sondern auch die Klasse ein Grund ist, ins Visier der Staatsorgane zu geraten, zeigt Chambliss anhand zweier Gruppen weißer Jugendlichen an einer suburbanen Highschool, deren Entwicklung er über zwei Jahre hinweg begleitet hat. Während die eine Gruppe, aus ‚gutem Hause‘ stammend, in der Wahrnehmung ihrer Umwelt aus lauter feinen Kerlen bestand, galt für die andere, ärmere Gruppe, dass Lehrer und Polizei sie per se für deviant hielt und deshalb immer ein Auge auf sie hatte. Diese Wahrnehmung jedoch erweist

sich bei näherem Hinsehen als deutlich verzerrt, waren doch die reicheren Jungendlichen eindeutig in mehr und folgenreichere illegale Aktivitäten verwickelt, als ihre ärmeren Schulkameraden, wenn auch – und das ist der entscheidende Unterschied – nicht in ihrem Vorort, sondern Downtown.

Im dritten Abschnitt geht der Autor auf die weiter reichenden Konsequenzen der *law and order*-Politik ein. So zeigt er, dass der US-amerikanische Staat mittlerweile für ‚Innere Sicherheit‘ mehr Geld ausgibt, als für das Erziehungswesen. Anschließend entwickelt er eine etwas konstruiert wirkende Verschleierungstheorie, der zufolge das Thema ‚Kriminalität‘ ablenken soll von Polizeibrutalität und Korruption, von der Verwicklung der CIA und anderer Regierungsinstitutionen in verbrecherische Machenschaften sowie von den Verbrechen der großen Konzerne: „Straßenkriminalität ist ein Deckmantel, hinter dem wesentlich tödlichere, teurere und schwerere Verbrechen stattfinden“ (155).

Abschließend wendet sich Chambliss der Frage nach den Lösungen der aufgezeigten Probleme zu. Und obwohl er ein ganzes Buch hindurch nichts als Kritik für die hetzenden Politiker und ihre Staatsapparate übrig hatte, fällt ihm hier nichts Besseres ein, als mit wohlmeinenden Ratschlägen aufzuwarten bezüglich der Polizeiausbildung, der Kontrolle der Strafverfolgungsbehörden und der Notwendigkeit, die Verbrechen großer Konzerne strenger zu verfolgen. Gerade so, als hätten die Herrschenden, denen er gerade dreißig Jahre der Verschärfung der Repression nachgewiesen hat, nur darauf gewartet, dass ein Wissenschaftler ihnen genau das rät, was sie ja offenbar und vermutlich mit guten Gründen eben nicht tun: die Daumenschrauben lockern. So bleibt bei all den interessanten Beispielen und Aspekten der aktuellen Kriminalpolitik in den USA doch festzuhalten, dass eine Erklärung, warum denn über das Gewaltmonopol des Staates seit einigen Dekaden ganze Bevölkerungsteile kriminalisiert und hinter Schloss und Riegel gebracht werden, bestenfalls angedeutet wird.

Um es vorwegzunehmen: Dasselbe gilt auch für *Crime and Punishment* in America. Auch hier beschränkt sich der Autor darauf, die aktuelle Entwicklung zu skandalisieren und hilfreiche Vorschläge zu unterbreiten, anstatt sie zu erklären. Doch der Reihenfolge nach: Der Autor, Elliot Currie, ist ebenfalls Soziologe und Kriminologe, Professor in Berkeley und hat ebenfalls bereits zahlreiche Bücher zu den Themen Kriminalität und Drogen veröffentlicht. Sein Anliegen im vorliegenden Werk ist es, angesichts der ‚Entscheidungen, die vor uns liegen‘ (10) Argumente für eine Kriminalpolitik zu liefern, die bei diesen anstehenden Entscheidungen auf Prävention und Rehabilitation setzt und nicht den aktuellen *law and order*-Trend fortführt.

Currie beginnt mit einer Beschreibung der Masseneinsperrungen (die er das „Gefängnisexperiment“ nennt), um dann drei „Gefängnismythen“ zu unterscheiden, die von konservativen Wissenschaftlern wie James Q. Wilson, John J. Dilulio oder Charles Murray in die Welt gesetzt wurden, die Mythen, dass die Justiz zu lasch ist, dass Gefängnisse Probleme lösen („prison works“), und dass sie sich ökonomisch rechnen („prison pays“). So zeigt Currie z.B. anhand der

*three strikes*-Gesetzgebung in Kalifornien (nach der ein zum dritten mal Verurteilter, unabhängig von der Schwere der Straftat, automatisch zu 25 Jahren Haft verurteilt wird), mit welch absurden Berechnungen der letzte der drei Mythen wissenschaftlich belegt wird: In einer immer wieder herangezogenen Studie des kalifornischen *Office of Planning and Research* wird behauptet, „dass die three-strikes Regelung zahlreiche Morde pro Jahr verhindern würde – um genau zu sein mehr, als in Kalifornien derzeit begangen werden“ (68).

Im Anschluss an die Wiederlegung dieser Ideologien durchforstet der Autor die umfangreiche Literatur zu den Bereichen Prävention, Sozialpolitik und Justiz, um Alternativen zur derzeitigen Politik aufzuzeigen. Als (im amerikanischen Sinne) liberaler Advokat einer auf die sozialen und ökonomischen Wurzeln von Kriminalität abzielenden Verbrechensbekämpfung plädiert er für die Konzentration auf zwei Bereiche: „Verbesserungen am Arbeitsmarkt und verstärkte Bereitstellung entscheidender sozialer Services und Einrichtungen“ (149). Um nicht als Kommunist oder etwas noch Schlimmeres zu erscheinen, beruhigt er den/die Leser(in) aber zugleich: „Das Reduzieren der Kriminalität erfordert nicht die Abschaffung von Armut und Ungleichheit“ (148). Gegen Armut – so könnte man schließen – hat er also anscheinend nichts einzuwenden, nur gegen arme Leute, die kriminell werden.

Zum Schluss jedenfalls präsentiert Currie erneut eine historische Entscheidung, vor der ‚wir‘ (d.h. ‚America‘) stünden, die Entscheidung zwischen Gefängnis und Sozialpolitik. Diese Entscheidung wird, so der Autor, nicht weniger sein als „ein Test unseres Charakters als Nation“ (193). Gerade dieser Schluss mag belegen, was eingangs über dieses Buch gesagt wurde: dass, wer auf Erklärung hofft, Skandalisierung findet und vor allem konstruktive Vorschläge, wie der Nation geholfen werden kann. Davon, dass in derzeitigen Gesellschaften Ausschluss (Gefängnis) und Integration (Sozialpolitik) nur zwei verschiedene Strategien zur Erreichung desselben Zwecks sind, nämlich Herrschaftssicherung und Erhaltung des ‚sozialen Friedens‘ (oder, wie das früher hieß, ‚Reproduktion der Produktionsverhältnisse‘; vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1997), stellt der Autor nicht nur ab: Wenn er fordert, dass Armut nur gelindert werden soll, damit die Betroffenen nicht mehr kriminell werden (s.o.), stellt er sich ganz in den Dienst der Sache des Staates oder, in seinem Verständnis, der ‚Nation‘. Currie kritisiert den Wahnsinn des US-amerikanischen *criminal justice systems* aus dem Geist der Nation.

## Sozialökonomische Entwicklung und Ausbau des Criminal Justice Systems

Einen anderen Weg schlägt der Soziologe Christian Parenti in *Lockdown America* ein. Ihm kommt es darauf an zu zeigen, in welchem Zusammenhang der Ausbau des *criminal justice systems* mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung der letzten Jahrzehnte steht. Die polit-ökonomischen Grundlagen entwickelt Parenti im ersten der drei großen Teile des Buches unter dem Titel *Crisis*. Sein zentrales Argument lautet: „Beginnend in den späten 60er Jahren

stürzte der US-Kapitalismus in eine doppelte Krise, und es war in Reaktion auf diese Krise, dass der heutige Ausbau von criminal justice begann“ (xii). Dabei macht er zwei Wellen aus, deren erste in den 1960ern mit dem Wahlkampf des Republikaners Barry Goldwater beginnt, in dem Kriminalität erstmals als Thema auftaucht. „Goldwater verlor, aber seine Aussage gewann“ (7). Inhalt dieser Aussage war und ist bis heute die Mobilisierung des weißen Rassismus gegen die schwarze Stadtbevölkerung: „law and order kam auf als neuer politischer Code, unter dem eine weiße Wählerschaft unterschiedlicher Klassenlage vereint werden konnte“ (7). Pointiert hat das der amerikanische Schriftsteller Gore Vidal formuliert: Seit jener Zeit ist *law and order* der Code für *get the nigger* (zit. nach Sessar 1999: 30). In die Praxis umgesetzt wird diese Ideologie zum ersten mal unter L.B. Johnson 1968 mit dem *Omnibus Crime Act*, dem „ersten großen föderalen Kriminalitätsbekämpfungsgesetz“ (8). Mit ihm beginnt auch der seitdem andauernde Prozess der Zentralisierung im *criminal justice system*, in deren Zuge dem Zentralstaat eine immer stärkere Position gegenüber der traditionell lokal organisierten Polizei (vgl. Knöbel 1998) zukommt. Dieser Prozess wird ab 1968 unter Nixon durch ein Reihe weiterer Bundesgesetze in den Bereichen Drogen und Organisierte Kriminalität weiter vorangetrieben. Diese erste Welle analysiert Parenti als „eine Reaktion auf Rebellion und Chaos der 60er Jahre: als Versuch eine auf Rassen- und Klassenzugehörigkeit basierende Kontrolle wiederinzuführen“ (26). Sie endet zu Beginn der 70er recht abrupt mit dem Watergate-Skandal und wird von einer relativ liberalen Phase unter den Präsidenten Ford und Carter gefolgt.

Zur Erklärung der zweiten Welle von *law and order* ab den frühen 80er Jahren führt Parenti primär ökonomische Gründe an. Als Strategie zur Lösung von Überakkumulationskrise, Stagflation und sinkender Profitrate tut die Reagan-Administration das, was ideellen Gesamtkapitalisten in solchen Situationen gerne einfällt: „attack labour“ (37). „Bei der zweiten Welle der criminal justice Offensive geht es fundamental um die Kontrolle der neuen ‚deregulierten‘ Bevölkerungsstufen, die durch den wirtschaftlichen Umbau entstanden sind“ (43). Ständen im Hintergrund der ersten Welle unter Nixon also noch die nicht ganz abwegigen Befürchtungen von *urban riots* und Rebellion, geht es nun um „Management und Kontrolle der neuen städtischen Überbevölkerung“ (45).

Eine ‚neue Ära‘ (50) beginnt mit dem *Crime Bill* von 1984, das u.a. die *asset forfeiture statutes* enthält. Nach dieser Regelung können Behörden 90% der bei Razzien beschlagnahmten Werte (z.B. Geld, Waffen, Autos, Immobilien) behalten, wenn diese mit Drogengeld gekauft worden sind. Wie nicht überraschen wird, folgte darauf eine explosionsartige Zunahme der Beschlagnahmen. Ein Beispiel für den Rassismus der Gesetzgebung liefern die im Crime Bill enthaltenen Bestimmungen, nach denen der Besitz einer bestimmten Menge von Crack (einer in der öffentlichen Wahrnehmung ‚schwarzen Droge‘) unter dieselbe Strafe gestellt wird, wie der Besitz der hundertfachen Menge an Kokain in Pulverform (vermeintlich von ‚Weißen‘ bevorzugt). In den Jahren 1988-92 schließlich wird das Feuerwerk von Gesetzesverschärfungen etwas unübersichtlich, weshalb Parenti sie unter der Überschrift *Crime Bills a-go-go* (60) abhandelt.

Auch das Ende der Reagan-Bush-Ära und der Wahlerfolg des Demokraten Clinton 1994 brachten keine Richtungsänderung. Das kann auch nicht verwundern, war es doch eines der zentralen Wahlversprechen Clintons, 100.000 neue PolizistInnen auf die Straßen zu bringen. Auch seine Teilnahme an der Hinrichtung eines psychisch kranken Afroamerikaners in seinem Heimatstaat Arkansas während des Vorwahlkampfes sollte beweisen, dass auch er für eine harte Linie steht. Noch 1994 folgten dann der *Violent Crime Control and Law Enforcement Act*, der weitere Gesetzesveränderungen (mehr Geld für Polizei, Gefängnisse und die Grenzpolizei sowie eine weitere Strafverschärfung v.a. im Bereich der Drogen) enthielt.

Im zweiten Teil des Buches, überschrieben mit *Police*, geht es um drei zentrale Entwicklungslinien der Polizeiarbeit in den letzten Jahrzehnten: die *Zero Tolerance*-Strategie, die Militarisierung der Polizei und die Auffrüstung an der Grenze zu Mexiko.

Ihre erste Anwendung fand die *Zero Tolerance*-Strategie zur Ahndung und Verhinderung auch minimalster Normverstöße in New York, zunächst nur in der U-Bahn, dann in der gesamten Stadt, was u.a. eine drastische Zunahme (rassistischer) Polizeieingriffe zur Folge hatte. Parenti verweist auf den in den USA besonders augenfälligen Zusammenhang dieser Strategie der Vertreibung unerwünschter Gruppen (Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, Prostituierte, ‚herumhängende‘ Jugendliche) mit neuen Entwicklungen der städtischen Ökonomie, den ‚clean streets‘ der von Parenti mit „FIRE“ („finance, insurance, and real estate“; 91) bezeichneten innerstädtischen Geschäftsbereiche.

Nachdem in Los Angeles 1966 das erste SWAT (Special Weapons Attack Team) Team gegründet wurde, verbreitete sich dieser Typus der Spezialeinheit während der 80er Jahre über das ganze Land. Diese Einheiten „betrachten Polizeiarbeit als Krieg“ (112) und greifen entsprechend auf „Ausrüstung, Ausbildung, Rhetorik und Taktiken der Kriegsführung“ (112) zurück. Zu ihrer Verbreitung trug vor allem die finanzielle Unterstützung des Zentralstaates bei. Derartige Einheiten existieren inzwischen auch in mittleren und kleinen Städten, wo sie in Ermangelung von Geiselbefreiungen und Terroristenjagd, zusehends auch in Routineaufgaben übernehmen. Parenti berichtet in diesem Zusammenhang von zahlreichen Todesfällen und geht auch auf die symbolische Bedeutung dieser Art der Polizeiarbeit in Armenvierteln ein: „Die ritualisierte Zurschaustellung des Terrors ist integraler Bestandteil amerikanischer Polizeiarbeit. Dieses Spektakel gehört zu der Art des Staates, arme Bevölkerungsstufen zu kontrollieren“ (135).

Eine dritte herausragende Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Auffrüstung an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze. Parenti zeigt, dass ein ökonomischer Effekt dieser Politik eine „unorganisierte, eingeschüchterte und unterwürfige Klasse immigrierter ArbeiterInnen“ (150) ist. Auch hier führt der Autor zahlreiche Beispiele an, von denen eines kurz erwähnt sei: 1998 wurden in eine Wäscherei in Staten Island zehn mexikanische ArbeiterInnen verhaftet und abgeschoben, fünf Tage, nachdem sie sich bei den Behörden darüber beschwert

hatten, dass ihr Chef ihnen 159.000 \$ an Lohn schuldig geblieben war. Aktivistinnen vermuten nun, dass der Besitzer der Wäscherei sich selber wegen illegaler Beschäftigung angezeigt hat, um den ausstehenden Lohn zu sparen (150).

Der dritte Teil des Buches, *Prison*, beschäftigt sich mit der bereits eingangs erwähnten Entwicklung der Gefangenenzahlen. Parenti macht dafür zwei Gründe aus: Zum einen handle es sich um eine „Strategie zur Verwahrung der Widersprüche des restrukturierten amerikanischen Kapitalismus“ (169), zum anderen aber auch um ein eher unintendiertes „Nebenprodukt von Wahlkampfstrategien“ (169). Denn der rhetorische Wettlauf zwischen Republikanern und Demokraten um das Image der härteren Verbrechensbekämpfer materialisiert sich schließlich in Gesetzesverschärfungen und mittlerweile über zwei Millionen Strafgefangenen. Im Folgenden geht es um die Schwächung des Rechtsstatus der Gefangenen und die Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Gefängnissen in den vergangenen 20 Jahren. Schließlich sammelt Parenti nur als schockierend zu bezeichnende Berichte aus dem Inneren US-amerikanischer Gefängnisse, in denen es um Vergewaltigung, Gangterror und die Funktionalität beider Phänomene für die Kontrolle der Gefangenen geht.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die folgende Auseinandersetzung mit der Frage, ob der „*prison industrial complex*“ eine Art neuen Keynesianismus bedeutet, wie von Kritikern des Gefängnisbooms vielerorts behauptet wird. Parenti betont, dass die staatlichen Ausgaben für das *criminal justice system*, die Privatisierung von Gefängnissen, die dazugehörigen Dienstleistungen und die (gar nicht so weit verbreitete und überraschend wenig profitable) Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen zwar jeweils konkreten Partikularinteressen von Kapital und lokalem Staat entgegenkommen, dass diese aber nicht der Grund des Gefängnisbooms sind. Damit unterscheidet er sich angenehm von der gerade unter US-amerikanischen Linken verbreiteten Neigung, staatliche Politik auf die Rolle des Erfüllungshelfen einzelner Kapitale zu reduzieren. Anstatt einer Indienstnahme des Staates durch kapitalistische Partikularinteressen das Wort zu reden, verweist Parenti darauf, dass das Subjekt der Kriminalpolitik immer noch der Staat und ihr Zweck die Kontrolle der Reservarmee ist. Dass damit die Voraussetzungen erfolgreicher Akkumulation für das Kapital insgesamt geschaffen werden, ist nicht damit zu verwechseln, dass einzelne Kapitale (Gefängnisbau, Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen) sich eine goldene Nase verdienen und die ganze Politik deshalb auf die Lobbyarbeit dieser Kapitalfraktionen zurückzuführen ist.

Die Ausführungen in allen drei Teilen des Buches leisten eine treffende Analyse der aktuellen Entwicklung der Kriminalpolitik in ihrem Zusammenhang mit dem Wandel des US-amerikanischen Kapitalismus. Doch anstatt es dabei zu belassen, verfällt der Autor auf den letzten drei Seiten des Buches dann doch noch darauf, konstruktive Vorschläge zu machen (mit Verweis auf Currie 1998), sich in die Rolle des amerikanischen Volk hinein zu imaginieren und der Bekämpfung der notwendigen Übel des Kapitalismus durch einen besseren Kapitalismus das Wort zu reden („Die Schaffung von Arbeit muss

im Zentrum jedes echten ‚war on crime‘ stehen“; 243; gemeint ist sicherlich Lohnarbeit). Anders als Currie (s.o.) macht Parenti zwar nicht den theoretischen Fehler, Wohlfahrtsstaat und Kriminalpolitik als Alternativen zu betrachten („Therapie und Gaskammer schließen sich keineswegs gegenseitig aus“; 243), auf der Ebene praktischer Vorschläge aber macht auch er diese scheinbare Alternative auf. Und das, obwohl er doch gerade noch feststellt hat, dass der „aufkommende Polizeistaat, oder criminal justice industrial complex, wenn auch nicht notwendigerweise als solcher geplant, [...] die derzeit von den Eliten bevorzugte Form der Klassenkontrolle ist“ (241).

An allen drei Büchern ist also festzuhalten, dass sie, in unterschiedlichem Ausmaß, die z.T. treffende Analyse in eine konstruktive Kritik umwandeln, die nicht nur nicht notwendig wäre, sondern vor allem die gerade geleistete Analyse z.T. ad absurdum führt. Denn wenn die menschenfreundlichere Alternative eigentlich für alle, einschließlich des zuständigen Staates, tatsächlich eingeschlagene *law and order*-ren all die aufgeführten Gründe für die tatsächlich eingeschlagene *law and order*-Politik plötzlich hinfällig. Dieser Schluss ist offenbar dem interessierten Standpunkt geschuldet, das Elend der Opfer der Kriminalpolitik für das Elend der USA zu halten – mithin also dem Standpunkt eines nationalen Mythos.

## Literatur

- Cornel, Heinz (2002): Neuere Entwicklungen hinsichtlich der Anzahl der Inhaftierten in Deutschland, in: Neue Kriminalpolitik 14. Jg. H. 2, S. 42-43.
- Gremer-Schäfer, Heiga und Heinz Steinert (1997): Die Institution „Verbrechen & Strafe“, in: Kriminologisches Journal 29. Jg., S. 243-255.
- Hay, Peter (2000): US-Amerikanisches Recht, München.
- Knobel, Wolfgang (1998): Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozess. Staatsbildung und innere Sicherheit in Preußen, England und Amerika 1700-1914, Frankfurt a.M. und New York.
- Kreye, Andrian (2001a): Töten, bevor sie uns töten, in: SZ, 08.11.01, S. 15.
- Kreye, Andrian (2001b): Voll auf Feme. Bushs Antiterrorismus verändert das amerikanische Recht, in: SZ, 06.12.01, S. 17.
- Koydl, Wolfgang (2001): Ein Rechtsstaat läuft Amok, in: SZ, 29.11.01, S. 11.
- Michalowski, Raymond (1988): Radikale Kriminologie in den USA – Die Evolution marxistischer Analysen von Staat, Recht und Kriminalität, in: Helmut Janssen, Reiner Kaulitzky und Raymond Michalowski (Hg.): Radikale Kriminologie, Bielefeld, S. 35-61.
- Pinzler, Petra (1999): Feind und Helfer, in: Die Zeit, 29.07.99, S. 7.
- Preute, Claus (1997): Rudy macht New York sicherer, in: Focus, 21.04.97, S. 290-292.
- Röbel, U. (1997): Wann lernen wir endlich von den USA?, in: Bild, 29.08.97, S. 2.
- Schenk, Dieter (1997): Bratton vorm Kopf, in: Der Spiegel, 29.09.97, S. 70-77.
- Schippreck, Annette (1997): Hart wie ein Cowboy, in: Focus, 03.11.97, S. 368-369.
- Sessar, Klaus (1999): Der Begriff der „Ausländerkriminalität“ im öffentlichen Diskurs, in: Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 82. Jg., S. 30-35.
- Smith, Neil (2001): Global Social Cleansing: Postliberal Revanchism And the Export of Zero Tolerance, in: Social Justice 28. Jg., S. 68-74.
- Wacquand, Loic (2000): Elend hinter Gittern, Koblenz.
- Washington Post (2002): Prison Population Growth Slowed, Justice Dept. Says, in: Washington Post, 11.04.02, S. 2.